

POLITISCHER BERICHT TÜRKEI

ÜBERSICHT

- **Türkei schickt Soldaten in den Libanon**
- **Neuer Generalstabschef im Amt**
- **Diskussionen um Änderungen des Wahlrechts**
- **Info-Mail**

Türkei schickt Soldaten in den Libanon

Nachdem die Regierung bereits vor zwei Wochen zum Ärger der Opposition ihre prinzipielle Zustimmung zu einer türkischen Beteiligung an der Uno-Friedenstruppe im Libanon (UNIFIL) signalisiert hatte, ist der entsprechende Antrag nun auch vom Parlament in Ankara am Dienstagabend (05.09.2006) abgesegnet worden. Nach einer sechsstündigen, teilweise sehr hitzig geführten Debatte, stimmten 340 der 550 Abgeordneten mit Ja, 192 stimmten dagegen, es gab eine Enthaltung. Truppenentsendungen für Friedensmissionen können mit einer einfachen Mehrheit der anwesenden Parlamentarier vom türkischen Parlament beschlossen werden.

Die Türkei will überwiegend Marineverbände entsenden, die den Waffenschmuggel im östlichen Mittelmeer bekämpfen soll. Ferner soll eine kleinere Anzahl von Soldaten für humanitäre Zwecke im Libanon eingesetzt werden. Obwohl in Presseberichten die Rede von 800-1.200 Soldaten war, lässt der Antrag die Stärke des Kontingents weiterhin offen. Andere an der Friedensmission im Libanon beteiligte Staaten erhalten freien Zugang zu türkischen Häfen und Flughäfen. Auch bei der Ausbildung des libanesischen Militärs bietet das Land Hilfe an. Das türkische Engagement ist vorerst auf ein Jahr begrenzt. Ein Einsatz zur Entwaffnung der Hisbollah wird kategorisch ausgeschlossen. Sollten türkische Truppen einen solchen Auftrag erhalten, werde man die Soldaten umgehend abziehen, beruhigte der Ministerpräsident die türkische Öffentlichkeit.

Die Opposition, allen voran die Republikanische Volkspartei (CHP), hoffte bis zuletzt auf ein Scheitern des Antrags, ähnlich wie bei der Abstimmung vom 1. März 2003. Damals

sollte das türkische Parlament entscheiden, ob türkisches Hoheitsgebiet und Militärbasen für den Aufmarsch amerikanischer Soldaten in den Nordirak genutzt werden dürfen. Die erforderliche einfache Mehrheit wurde um drei Stimmen knapp verfehlt, weil der damalige Ministerpräsident Abdullah Gül keinen Fraktionszwang einführte und das Abstimmungsverhalten zur Gewissensfrage deklarierte. Zudem hatte sich seinerzeit Parlamentspräsident Bülent Arınç (AKP) öffentlich gegen den Regierungsantrag ausgesprochen und damit Einfluss auf Teile der AKP-Fraktion genommen. Der Türkei ist dadurch die Möglichkeit zu eigenen militärischen Operationen im Nordirak gegen die PKK entgangen, auch wenn die Abstimmung als demokratischer Sieg gefeiert wurde und dem Land einen erheblichen Imagegewinn in der muslimischen Welt einbrachte.

In Anbetracht der Tatsache, dass nur 16 Abgeordnete der AKP nicht für den Regierungsvorschlag stimmten - entweder sie waren nicht anwesend oder sie stimmten gegen den Antrag (wie übrigens auch Erdoğan selbst, der zu spät kam um an der elektronischen Abstimmung teilzunehmen) – kann die Regierung das Votum als eindeutigen Erfolg verbuchen. Wichtig für den Ausgang des Votums war aber auch der veränderte Auftrag für das türkische UN-Kontingent, der nur friedenserhaltenden Charakter habe und keine Kampfeinsätze vorsehe, wie Erdoğan in seiner Rede an die Nation am vergangenen Donnerstag versicherte. Hier scheiden sich jedoch die Meinungen, denn ein „robustes“ Mandat der UN lässt durchaus auch Waffengebrauch zu. Erdoğan ruderte mittlerweile etwas zurück und stellte klar, dass sich türkische Soldaten gegen eventuelle Angriffe auch mit Waffen wehren würden.

Und gerade hier besteht die Sorge, dass türkische Soldaten zwischen die Fronten geraten und dann auch eigene Verluste zu beklagen haben könnten. Erdoğan argumentiert damit, dass die Türkei nicht vor den Krisen in der unmittelbaren Nachbarschaft die Augen schließen könne. Und die nationalen Interessen des Landes könnten auch nur dann wahrgenommen werden, wenn man auch Verantwortung übernehme. Neben den Ambitionen auf ein Mitspracherecht bei der künftigen Neuordnung des Nahen Ostens, kann dieses Engagement auch im Kontext einer „neuen“ türkischen Außenpolitik gesehen werden, die mit Berufung auf historische und kulturelle Beziehungsgeflechte von türkischen Kommentatoren als „Pax Osmanica“ bezeichnet wird.

Oppositionsführer Deniz Baykal erläuterte in einer CHP-Fraktionssitzung ausführlich die Gründe für die Ablehnung des Einsatzes. Der Libanonkonflikt sei nichts anderes als einerseits die Ausweitung des Palästina-Konflikts und andererseits ein Stellvertreterkrieg, hinter dem der Iran stehe. Den ungelösten Problemen des Nahen Ostens lägen Konfliktlinien zugrunde, durch deren Sogwirkung die Türkei in ungewollte kriegerische Auseinandersetzungen in der Region hinein gezogen werden könnte. Ferner warf Baykal der Regierung Fehlverhalten vor, da weder die Opposition, noch der Staatspräsident oder die Armee zuvor konsultiert worden seien. Der Öffentlichkeit, die laut Umfragen zu 80% eine solche Truppenentsendung ablehnt, gaukle die Regierung zudem falsche Tatsachen vor und spiele die Gefahr herunter. Durch Zwischentöne wird jedoch klar, dass viele bei der CHP ein türkisches Engagement im Libanon auch deshalb ablehnen, weil sie nicht als Handlanger amerikanischer und israelischer Interessen fungieren wollen.

Devlet Bahçeli, Vorsitzender der Nationalistischen Bewegungspartei (MHP), bezichtigt Erdoğan eines Realitätsverlustes, wenn er sich als „Sultan des Nahen Ostens“ aufspiele. Die Türkei müsse erst ihre eigenen Grenzen sichern und anstatt türkische Soldaten in den Libanon zu entsenden, solle vorerst die PKK im Nordirak bekämpft werden. Selbst

Staatspräsident Sezer äußerte sich im Vorfeld dieser Abstimmung sehr skeptisch und machte deutlich, dass die Türkei nicht die nationalen Interessen anderer Staaten verteidigen müsse, solange man eigene Probleme habe. Das Wiederaufflammen der Kämpfe gegen kurdische Separatisten und die jüngsten Terroranschläge haben gerade in den letzten Wochen viele Todesopfer gefordert, weshalb die Öffentlichkeit diesem Argument gegenüber sehr aufgeschlossen ist.

Mehmet Ağar, Parteivorsitzender der oppositionellen Partei des Richtigen Weges (DYP) begründete seine Ablehnung ebenfalls mit dem Verhalten der Regierung und mit Aussagen Erdogans vor zwei Tagen in Bursa. Als bei einer Veranstaltung ein Bürger über die erneute Zunahme des PKK-Terrors und den Tod türkischer Soldaten lauthals klagte, fuhr ihn der Ministerpräsident schroff an, dass das Soldatenleben nun mal nicht einfach sei. Die Menschen in der Türkei wollen nicht länger lautlos die Folgen des Terrors ertragen. Viele Angehörige von gefallenen Soldaten gehen mittlerweile mit ihrer Kritik an die Öffentlichkeit. In einer solch emotional aufgeladenen Stimmungslage kann niemand die Reaktionen auf erste etwaige türkische Opfer aus dem Libanoneinsatz einschätzen. Ein Jahr vor den Parlamentswahlen 2007 nimmt die Regierung ein erhebliches innenpolitisches Risiko auf sich, um ihrer internationalen Verantwortung Gerecht zu werden.

Neuer Generalstabschef im Amt

„Ein Demokrat in Uniform macht einem Hardliner Platz“, so könnte man die Kommentare im In- und Ausland über den Personalwechsel an der Spitze der türkischen Streitkräfte zusammenfassen. Nach vier Jahren Amtszeit als Generalstabschef übergab der Vier-Sterne General Hilmi Özkök offiziell am 28. August 2006 seine Amtsgeschäfte dem Vier-Sterne General Yaşar Büyükanıt. Der Generalstabschef wird auf Vorschlag des Ministerrates vom Präsidenten der Republik ernannt. Er ist im Namen des Präsidenten der oberste Befehlshaber der türkischen Streitkräfte und damit beauftragt, die nationale Einheit zu bewahren, die Streitkräfte zur Landesverteidigung vorzubereiten und die Interessen des Landes gegen äußere Kräfte zu schützen. Darüber hinaus steht der Militärfürst für den Forbestand der ersten drei Paragraphen der türkischen Verfassung ein: Diese sind unabänderbar und alleine schon der Vorschlag auf Novellierung ist untersagt.

Schon daran kann die besondere Rolle des türkischen Militärs und seine spezielle Verflechtung mit der Republik Türkei erkannt werden. Die Armee steht in der Tradition des Staatsgründers Mustafa Kemal Atatürk und wacht über dessen laizistisches und republikanisches politische Vermächtnis. Das Militär putschte dreimal zwecks Korrektur der politischen Entwicklungen in der Türkei und die beiden Generäle Cemal Gürsel im Jahr 1960 und Kenan Evren 1980 führten als amtierende Generalstabschefs jeweils die Putschisten an. Nach Wiedereinführung demokratischer Verhältnisse wurden sie zu Staatspräsidenten gewählt. Die traditionelle Nähe von Armee und Staat, wie sie auch Atatürk verkörperte, ist also nach wie vor gegeben.

Der bisherige Amtsinhaber General Hilmi Özkök wird als großer Demokrat gefeiert, weil er bei einer Reihe von schwierigen innen- wie außenpolitischen Entwicklungen mögliche Ansprüche des Militärs zurücksetzte und weitsichtig und verantwortungsbewusst handelte. Der General nahm stillschweigend wichtige politische Reformen im Rahmen des EU-Annäherungsprozesses und sogar Kompetenzbeschneidungen des Militärs hin, wie die

Einsetzung eines Zivilisten als Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrates und dem Transfer der Budgethoheit für Militärausgaben an den türkischen Rechnungshof. Die Entwicklungen auf Zypern blieben ebenfalls unkommentiert und er meisterte solch kritische Zwischenfälle, wie die Verhaftung und demütigende Behandlung türkischer Spezialeinheiten durch US-Soldaten im Nordirak, die eine Krise zwischen der Türkei und den USA auslöste. In seiner Rede im Rahmen des Abschiedsempfangs beim Parlamentspräsidenten bekräftigte Özkök seine demokratische Gesinnung: *„Die Demokratie ist das einzige was die Türkei benötigt. Ich glaube daran, dass die Demokratisierungsbemühungen fortgesetzt werden, sowohl zur Stärkung unseres Landes als auch für ein gutes Beispiel in der Region“.*

Sein Nachfolger, der Vier-Sterne General Yaşar Büyükanıt, wird demgegenüber eher als Hardliner eingeschätzt. Seine ersten Äußerungen und Auftritte im neuen Amt lassen zumindest schon einmal einen Wechsel im Kommunikations- und Führungsstil erkennen. Seine Aussagen sind unverblümt und er gibt sich volksnah. Unterstützt wird Büyükanıt in seinem Richtungswechsel durch den neuen Oberkommandierenden der Landstreitkräfte, General İlker Başbuğ, der nach ungeschriebener Regel des Militärs der kommende Generalstabschef sein wird. Das türkische Militär wird sich demnach künftig vor allem zwei Kernaufgaben widmen: Der Bekämpfung des Terrorismus, respektive des Sezessionismus und der Eindämmung fortschrittsfeindlicher, reaktionärer Tendenzen, bzw. des religiösen Fanatismus (irtica).

Zwei konkrete Schritte wurden hierzu bereits eingeleitet. Die Struktur der für die Terrorismusbekämpfung bestimmten „Spezialtruppen“ wurde neu geordnet und aufgewertet. So sollen künftig zwei Brigaden unter dem Kommando eines Vier-Sterne Generals stehen, bisher war dies ein Generalmajor. Die Truppe wird ausschließlich aus Unteroffizieren und Offiziersanwärtern bestehen und als einzige Aufgabe die Bekämpfung des Terrors haben. Ferner wird in der südostanatolischen Stadt Hakkari im Dreiländereck zwischen der Türkei, dem Iran und Irak wieder eine Divisionskommandantur eingerichtet. Beide Umstrukturierungen wurden allerdings noch in der Amtszeit Özköks eingeleitet. Wenn auch die Medien hier die Handschrift des neuen Generalstabschefs erkennen wollen, handelt es sich vielmehr um einen kontinuierlichen Entwicklungsprozess. Und es ist gerade diese Kontinuität, die dem türkischen Militär im Vergleich zu politischen Parteien und gesellschaftspolitischen Institutionen bei der türkischen Bevölkerung hohes Ansehen verschafft.

Yaşar Büyükanıt stellte unter dem Titel „Streitkräfte-2014“ vor kurzem ein Modernisierungskonzept für die türkischen Streitkräfte vor. Die Truppe solle in Anbetracht der neuen geostrategischen Herausforderungen um 20-30% reduziert werden. Die dadurch gewonnen Kapazitäten sollen für die Ausbildung spezieller Truppen und deren Ausrüstung mit modernster Waffentechnologie genutzt werden. In den Medien wurde über eine angebliche Anfrage zur Beschaffung von Patriot-Abwehrraketen im Wert von 1 Mrd. USD berichtet. Sollte der Iran mit seinem Atomprogramm auch militärische Ziele verfolgen, würde die Türkei ihre regionale Vormachtstellung bedroht sehen. Dann, so befürchten Experten, könnte es zu einem Wettrüsten mit dem Iran kommen. Der scheidende Generalstabschef Özkök hatte bereits indirekt auf eine mögliche Notwendigkeit eines eigenen türkischen Nuklearwaffenprogramms hingewiesen.

Die Amtsantrittsrede Büyükanıts viel zur Überraschung vieler jedoch sehr moderat aus. Die Armee sei zur Bewahrung der republikanischen Grundsätze verpflichtet. Seit Gründung

der Republik seien die nationale Einheit und die republikanischen Prinzipien nie solch großen Diskussionen und Gefahren ausgesetzt gewesen wie heute. Der General erwähnte aber auch die innertürkischen Diskussionen um die Rolle des türkischen Militärs. Wenn solche Diskussionen objektiv und fair geführt würden, dann könne die türkische Armee von solchen Ideen sogar profitieren. Die Armee habe kein Interesse an innenpolitischen Entwicklungen. Der Wiedereinführung eines verkürzten Wehrdienstes lehnte der Militärführer ab. Es gebe keinen Grund, sich vor dem Wehrdienst zu drücken, so Büyükanıt.

Es bleibt abzuwarten, ob der Generalstabschef tatsächlich als Hardliner eingestuft werden kann. Eine Bewertung Büyükanıts wird sich an verschiedenen Kriterien messen lassen müssen. Wie wird er in den nächsten Jahren die „Rolle des Militärs“ im Rahmen des EU-Harmonisierungsprozess begleiten oder wie viel Reformen innerhalb des Militärs wird er zulassen, bzw. stillschweigend hinnehmen. Die türkische Armee unterscheidet sich von anderen NATO-Armeen. Durch Paragraph 117 der türkischen Verfassung ist der Generalstabschef direkt dem Ministerpräsidenten verantwortlich und nicht dem Verteidigungsminister. Andererseits ist der Rechtsweg für Entscheidungen und Urteile des Hohen Militärates (dieses Gremium bestehend aus Hohen Offizieren und Regierungsvertretern entscheidet über Beförderungen und Ausschlüsse aus der Armee) ausgeschlossen. Der scheidende Generalstabschef Hilmi Özkök sagte mit Hinblick auf diejenigen, die Büyükanıt einen Mangel an demokratischem Bewusstsein unterstellten, dass sie sich noch wundern werden. Schließlich sei er Mitglied der türkischen Armee und jeder wisse, welchen Traditionen sich diese verpflichtet fühle.

Diskussionen um Änderungen des Wahlrechts

Das politische Sommerloch wurde in den türkischen Medien weitgehend durch die Debatte um eine Änderung des Wahlrechts gefüllt. Eine eventuelle Novellierung müsste jedoch bald in Angriff genommen werden. Zwischen Änderungen des Wahlrechts und dem Wahltermin – Experten gehen von der ersten Oktoberhälfte 2007 aus- muss mindestens ein Kalenderjahr verstrichen sein, damit ein neues Wahlrecht auch zur Anwendung kommen kann. Die AKP hatte mehrmals Veränderungen des Wahlrechts versprochen.

Das aktuelle Wahlrecht ist ein einfaches Verhältniswahlrecht mit einer auf nationaler Ebene gültigen 10% Hürde. Die hohe Sperrklausel führte bei den letzten Parlamentswahlen vom November 2002 dazu, dass nur zwei Parteien den Einzug ins Parlament schafften. Mit 34,4 % der Stimmen gewann die AKP 365 aller 550 Mandate und die Republikanische Volkspartei (CHP) mit 19,41% 177 Mandate. Alle anderen Parteien blieben unter der Klausel, so dass Präferenzen von 45% der Wähler unberücksichtigt geblieben sind. Dies stellt die demokratische Repräsentativität der Volksvertretung in Frage.

Die 10% Sperrklausel ist ein Relikt des Militärputsches von 1980. Die Militärs und die Verfassungsväter von 1982 wollten damit starken Mehrheitsregierungen den Weg ebnen: Die Erfahrungen der 70-er Jahre mit 12 Koalitionsregierungen und allgemein instabilen politischen Verhältnissen – die politischen Parteien begünstigten die ideologischen Auseinandersetzungen jener Jahre - waren ihnen noch sehr eindringlich in Erinnerung. Ende der 80-er Jahre und in den 90-ern gründeten sich verstärkt pro-kurdische Parteien. Jene, die das Existenzrecht dieser Parteien in Frage stellen, betrachten die 10% Hürde

seither als ein Instrument, diesen Parteien den Weg ins türkische Parlament verwehren zu können. Parteien wie die Nationalistische Bewegungspartei (MHP) oder die Partei des Richtigen Weges (DYP), die bei den letzten Wahlen mit 8-9% knapp unter der Sperrklausel lagen, halten starr an ihr fest, obwohl damit ihr eigener politischer Untergang programmiert scheint. Viele wie auch Staatspräsident Sezer plädieren jedoch für ein Herabsetzen der Hürde in einem ersten Schritt um zwei bis drei Prozentpunkte.

Weiter im Gespräch ist die Herabsetzung des passiven Wahlrechts von 30 auf 25 Jahre. Dieses Ansinnen wird von allen politischen Akteuren mitgetragen.

Auf Vorschlag Erdoğan's wird die Einführung eines sog. „Türkei-Abgeordneten“ diskutiert. Darunter ist zu verstehen, dass 100 der 550 Abgeordneten von einer türkeiweiten Landesliste ohne Sperrklausel gewählt werden sollen, damit auch kleinere Parteien ins Parlament einziehen können. Die Gegner dieses Vorschlags führen ins Feld, dass das türkische Verfassungsgericht schon einmal 1995 eine solche Novellierung des Wahlrechts aufgehoben hatte. Diskussionen werden auch über die Einführung eines „Ersatzabgeordneten“ geführt. Sollte ein Volksvertreter während einer Legislaturperiode die Partei wechseln (dies kommt sehr häufig in der Türkei vor und wird auch vom Wähler nur selten abgestraft) dann soll dieser automatisch das Mandat verlieren und ein „Ersatzmann“ an dessen Stelle treten.

Ein sehr heftiger Diskurs wird über eine mögliche Einführung einer Sperrklausel für unabhängige Kandidaten geführt. Bei den letzten Wahlen vom November 2002 kamen immerhin acht Unabhängige ins Parlament. Die Wahlkreise dieser liegen alle im Süd- und Südosten der Türkei, weil dort starke Clan- und Familienbande die Wählerpräferenzen beeinflussen. Der Hintergrund für diesen Vorschlag liegt in der Annahme einiger Beobachter, die Abgeordneten der Pro-Kurdischen Demokratischen Gesellschaftspartei (DTP) könnten sich als Unabhängige zur Wahl stellen, um dann später ihrer Partei wieder beizutreten. Somit hätte man sehr elegant die 10% Hürde umgangen. Bereits im Jahre 1991 gelangen 20 Abgeordnete der pro-kurdischen Arbeiterpartei des Volkes (HEP), darunter auch Leyla Zana, in das türkische Parlament, weil ihre Partei mit der Sozialdemokratischen Volkspartei (SHP) des damaligen Vorsitzenden Prof. Erdal İnönü ein Wahlbündnis einging und sie auf den SHP-Listen kandidierten. İnönü musste sich damals schweren Vorwürfen erwehren, mittlerweile gilt sein Engagement als vorbildliches demokratisches Verhalten.

Diese Überlegungen werfen natürlich die Frage auf, inwiefern ein solch restriktives neues Wahlrecht denn mit dem demokratischen Anspruch des Landes vereinbart werden kann. Der Stellvertretende Vorsitzende der pro-kurdischen DTP, Sirrı Sadık hat sich in den Medien beklagt, dass seine Partei einer „Nationalen Koalition“ gegenüberstehe. Man habe aber bereits beim Europäischen Menschenengerichtshof eine Klage gegen die „antidemokratische“ 10% Klausel eingereicht.

Das Wahlrecht ist in der Türkei seit Gründung der Republik sehr häufig geändert worden. Man habe einfach noch nicht das richtige System entdeckt, so z.B. die Erklärung des bekannten Politikwissenschaftlers Prof. Mümtaz'er Türköne. *„Die Türkei hat noch kein Wahlsystem gefunden, welches entsprechend der politischen Konkurrenzkultur, den Traditionen und der Gesellschaft zur Mobilisierung gemeinsamer politischer Ziele führen könnte“*, so Türköne in der Tageszeitung Zaman und weiter: *„Es existieren unzählige Wahlsysteme, denen sicherlich noch weitere hinzugefügt werden könnten. Die Demokratie*

ist das am schwerfälligsten agierende politische System und die beste Methode ist die des Ausprobierens.“ Es bleibt abzuwarten ob dieses Ausprobieren weiter geht und eine mögliche Novellierung des Wahlrechts der Absicht nach mehr Demokratisierung oder der eigenen Vorteilsbeschaffung geschuldet werden muss.

Info-Mail

Eine aktuelle Wählerumfrage der regierungsnahen Forschungsgruppe ANAR ergab, dass 33,9% der Wähler unentschlossen seien. Auf die Parteien entfallen folgende Stimmanteile: Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (**AKP**) 32,7%; Republikanische Volkspartei (**CHP**) 11,5%; Demokratische Gesellschaftspartei (**DTP**) 5,3%; Nationalistische Bewegungspartei (**MHP**) 5,1%; Partei des Richtigen Weges (**DYP**) 4,9% und Mutterlandspartei (**ANAVATAN**) 3,3%. Ein solches Wahlverhalten bei unverändertem Wahlrecht würde zu einem ähnlichen Wahlergebnis wie 2002 mit leichten Gewinnen für die AK-Partei führen. +++ Eine Untersuchung der Atatürk Universität in Erzurum unter 7.500 Studenten landesweit gibt Auskunft zu Alkohol- und Zigarettenkonsum. 18,1% der Frauen und 28,4% der Männer konsumierten demnach regelmäßig Alkohol und 20,8% der Frauen und 34,4% der Männer seien Raucher. Studenten der „Fakultäten der Schönen Künste“ griffen dabei mit 17,6% am häufigsten zur Flasche, gefolgt von Kommunikationswissenschaftlern (13,1%) und Juristen (11,6%). Höchst interessant, dass trotz islamischem Alkoholverbots fast 6% der Theologiestudenten nach eigenen Angaben Alkohol konsumierten. +++ Gesundheitsminister Recep Akdağ teilte mit, dass sein Ministerium in den ersten Monaten des Jahres 2007 eine Rettungsflotte zu Wasser und in der Luft aufbauen wolle. In einem ersten Schritt habe das Ministerium den Kauf von drei voll ausgestatteten Rettungsbooten für die Inseln im Marmarameer und am Ausgang der Dardanellen in Auftrag gegeben. Künftig werden unter der Notrufnummer 112 für die Inseln und küstennahe Ortschaften diese Ambulanzen zu Wasser im Einsatz sein. Das Ministerium plane auch den türkeiweiten Aufbau einer Flugrettungsstaffel. Des weiteren verwies Akdağ auf einen latenten Ärztemangel, der sich durch die Bevölkerungszunahme sowie das erhöhte Gesundheitsbewusstsein der Bevölkerung bemerkbar mache. +++ Der türkische Online-Medienshop „Idefixe“ hat Fakten und Zahlen zum Leseverhalten in der Türkei veröffentlicht. Mit 3,29% der verkauften Bücher über das Internet liege die Provinz Istanbul an erster Stelle, gefolgt von Ankara, Izmir, und Antalya. Das Schlusslicht sei die Provinz Gümüşhane mit 0,05%. Die Untersuchung kam ebenso zum Ergebnis, dass der türkische Leser Geschichtsromane und historische Sachbücher bevorzugt. Bücher wie „Das Osmanische Reich neu entdeckt“ von Ilber Ortaylı, „Konfrontierung mit unserer Geschichte“ von Emre Kongar, „Diese verrückten Türken“ von Turgut Özakman und „Gazi Pascha“ von Attila İlhan liegen in der Lesergunst ganz weit vorne. +++ Eine Untersuchung der türkischen Beamtengewerkschaft –dies ist eine Konföderation von insgesamt 11 Einzelgewerkschaften- liefert nachdenkliche Ergebnisse zur finanziellen Situation von Beamten. 5.272 Beamte wurden befragt und es stellte sich heraus, dass 20% dieser unterhalb des Existenzniveaus (750 YTL, ca. 400 Euro) und 75% unterhalb der Armutsgrenze (1.000 YTL, ca. 500 Euro) lebten. 14% der Gesamtbevölkerung oder 10 Millionen Türken würden direkt von einem Beamtengehalt leben. 33% der Beamten seien Frauen und 59% aller würden länger als 15 Jahre arbeiten. Im Durchschnitt besitzen Beamte zwei Kinder und 82% aller hätten Schulden. +++ Als historischen Schritt betitelten türkische Tageszeitungen die Entscheidung des griechischen Bildungsministeriums auf Einführung des Wahlfachs Türkisch an staatlichen Schulen in West-Thrazien. Nachdem die Kapazitäten zweier Schulen der türkischen Minderheit ausgelastet seien, sollen in

einem ersten Schritt mit Beginn des neuen Schuljahres versuchsweise an fünf staatlichen Schulen in Xanthi (türk. Iskeçe) und Komotini (türk. Gümülcine) Türkisch als zweite Wahlfremdsprache eingeführt werden. +++ Sechs türkische Journalisten- und Verlegerverbände, darunter auch der langjährige Partner der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Türkische Journalistenverband (TGC), verfassten gemeinsam einen Dankesbrief an den Staatspräsidenten. Dieser hatte sich für die Aufhebung von Teilen des „Antiterrorgesetzes“ an das türkische Verfassungsgericht gewandt. Konkret handelt es sich um die restriktiven Paragraphen sechs und sieben, in denen hohe Bußgelder und Haftstrafen für Journalisten und Redakteure vorgesehen sind. +++ Das türkische Gesundheitsministerium hat einen Bericht zur Volksgesundheit vorgelegt. Krankheiten wie Typhus, Hepatitis A, Malaria und Meningitis seien verstärkt in Süd- und Südostanatolien zu beobachten. Jährlich würden türkeiweit 5.000 Typhusfälle und 25.000 Fälle von Tuberkulose registriert. In der ägäischen Region tauchten verstärkt Lungenkrebs, Röteln und Mumps auf und am Schwarzen Meer Hepatitis C. Diabetes tauche verstärkt am Mittelmeer und in der Marmararegion auf. In Istanbul sei die Hälfte der insgesamt 2.097 AIDS-Kranken gemeldet. +++ Durch eine Reihe schlimmer Verkehrsunfälle in den letzten Wochen steht das Thema Verkehrssicherheit wieder im Fokus der medialen Berichterstattung. Im Jahr 2005 kam es landesweit zu 570.000 Unfällen, bei denen 3.200 Menschen starben und 124.000 Menschen verletzt wurden. Der kurzfristige volkswirtschaftliche Schaden dieser Unfälle wird von Experten auf mindestens 2 Mrd. USD beziffert. +++ Der Soziologe Fikret Başkaya wurde bekannt durch die Veröffentlichung des Buches „Der Zusammenbruch des Paradigmas“ (Paradigmanın iflası) in den 80-er Jahren. Das Buch beschreibt die sozialen und gesellschaftlichen Hintergründe des „Kurdenproblems“ und liefert anbei Lösungsvorschläge, die im Widerspruch zur offiziellen staatlichen Linie standen. Başkaya wurde der secessionistischen Propaganda angeklagt und verbrachte fast zwei Jahre in Haft. Nach vielen Jahren hat das türkische Kultur- und Tourismusministerium dieses Buch nun in ein Hörbuchprojekt aufgenommen. Der Autor selbst bezeichnet diese Entwicklung als Ironie der Geschichte, wobei dies für ihn kein Hinweis auf qualitative Veränderungen des Regimes liefere. +++

Ankara, den 06. September 2006

Jan Senkyr / Dirk Tröndle